

Beschluss des Bezirkstages 2003 in Schwanewede

Die Junge Union Elbe-Weser spricht sich für eine einschneidende Reformierung des Meisterbriefes aus. Die heute gültige Handwerksordnung stellt ein Beschäftigungshindernis dar, welches viele Gesellen in die Schwarzarbeit drängt und vor dem Hintergrund eines sich vereinigenden Europas zu einer massiven Inländerdiskriminierung führt.

In Berufen, in denen der Verbraucherschutz, die Qualität und die Sicherheit mit einfachen Verordnungen und konsequenten Kontrollen überprüfbar sind – wie z.B. bei Friseuren etc. – ist auf die Voraussetzung des Meisterbriefes zur Existenzgründung und Betriebsübernahme zu verzichten. Hier können die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft viel besser den Markt regulieren. Als Folge würden weitestgehend alle Berufsfelder in der Handwerksordnung so flexibilisiert, dass mit entsprechend positiven Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt gerechnet werden kann.

Die Junge Union Elbe-Weser spricht sich ferner dafür aus, die Ausbildung nicht mehr von dem Vorhandensein eines Meisters im Betrieb abhängig zu machen, sondern durch das seit dreißig Jahren geltende System des Berufsbildungsgesetzes zu ersetzen. Gerade auch im Zusammenhang mit der Schaffung der gesetzlichen Grundlage für die Ich-AGs wäre es konsequent, in diesem Bereich auf den Meisterzwang zu verzichten.

Der Meistertitel soll zukünftig lediglich ein Gütesiegel darstellen. Im Ergebnis muss der Kunde entscheiden, welchem Betrieb er vertrauen möchte. Durch die Reformierung des Meisterzwangs und einer damit einhergehenden Neudefinierung der Aufgabenstruktur der Handwerkskammern kann ein wichtiger Beitrag für einen Aufschwung im Handwerk geleistet werden.

Begründung:

Der Meisterbrief dient in vielen der 127 Handwerksberufe, die in der Handwerksordnung genannt sind, dem Konkurrenzschutz. Er ist oftmals ein Beschäftigungshindernis, weil viele Existenzgründungen am Meistertitel scheitern.

Leider ist der Meisterbrief heute bei weitem keine Garantie mehr für Qualität und Sicherheit. Daher ist eine Reformierung der Handwerksordnung dringender notwendig.

Die von den Reformgegnern oft behaupteten Qualitätseinbußen sind nicht nachvollziehbar. Schon jetzt gibt es mehr als genug Vorschriften und Verordnungen,

die Qualität und Sicherheit gewährleisten sollen. Freier Markt und Wettbewerb können dies viel besser regeln.

Auch die befürchteten Einbußen bei den Ausbildungsplätzen sind mehr interessengetriebene Panikmache als objektiv durch Fakten belegt. Jeder Betrieb, der überleben will, ist auf junge, günstige und motivierte Arbeitskräfte angewiesen! Der immer wieder behauptete Kausalzusammenhang zwischen Meisterzwang und Ausbildungsquote ist nicht stichhaltig belegt.

Nach EU-Recht kann sich jeder EU-Bürger nach einer gewissen Phase als Handwerker in Deutschland selbstständig machen. Deutschen ist durch den Meisterzwang dieser Weg jedoch versperrt. Dies ist nicht nur unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten nicht hinnehmbar, diese Inländerdiskriminierung ist auch verfassungswidrig. Bereits den Meisterzwang im Einzelhandel erklärte das Bundesverfassungsgericht in einer Entscheidung für nicht verfassungskonform.

Gerade für unsere Region ist das Handwerk ein sehr wichtiger Wirtschaftszweig, daher sollte die Chance genutzt werden, durch mehr freien Wettbewerb eine positive Entwicklung im Handwerk herbeizuführen, die sowohl unter beschäftigungspolitischen als auch unter verbraucherpolitischen Gesichtspunkten ganz Deutschland gut täte.